Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7457**

19. Wahlperiode 30.01.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Sandra Weeser, Michael Theurer, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Alexander Müller, Dr. Marcus Faber, Christian Sauter, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Dr. Marco Buschmann, Christian Dürr, Hartmut Ebbing, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Torsten Herbst, Katja Hessel, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Thomas L. Kemmerich, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Systematisches Wissen über die Folgen von Rüstungsexporten erarbeiten – Deutscher Rüstungsexportpolitik einen Kompass geben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Rüstungsindustrie leistet einen wesentlichen Beitrag um Bundeswehrsoldaten für ihre Einsätze bestmöglich auszurüsten. Rüstungsexporte sind ein Teil des generellen Beitrags von Rüstung zur Sicherheit Deutschlands und seiner sicherheitspolitischen Interessen. Schon aufgrund Artikel 87a Grundgesetz hat die Bundesrepublik ein grundlegendes Interesse an Rüstung, um so die verteidigungspolitische Handlungs- und Allianzfähigkeit zu erhalten oder herzustellen. Dabei geht es um die sichere Versorgung mit Rüstungsgütern für sich und die jeweiligen Partner. Zum anderen ist das Interesse darin begründet, über den Export von Rüstungsgütern die Möglichkeit einer außenpolitischen Einflussnahme auf regionale Sicherheitskomplexe wahrzunehmen. Für beide Aspekte von Rüstung besteht allerdings das Problem, dass das Verhältnis von Rüstung und Sicherheit in Deutschland nach wie vor ungeklärt ist. Das Ergebnis dieser Unklarheit ist, dass insbesondere Rüstungsexporte sowohl in der deutschen Politik als auch in der Öffentlichkeit regelmäßig zu erhitzten Debatten führen.

In diesen Debatten wird immer wieder deutlich, dass sie in erster Linie auf der Grundlage politischer Überzeugungen geführt werden. Die Indikatoren, nach denen eine Bewertung von Rüstungsexporten und deren Folgen vorgenommen wird, sind in der Regel äußerst überschaubar: Der Vorwurf der mangelnden Restriktivität wird fast ausschließlich mit dem Hinweis auf das finanzielle Volumen deutscher Rüstungsexporte im internationalen Vergleich begründet. Ohne eine entsprechende Kontextualisierung sind diese Zahlen aber sinnlos und münden

dadurch nicht selten in populistische Aussagen. Auch die reine Betrachtung von Einzelfällen ist für eine fundierte Bewertung von Rüstungsexporten nicht zielführend, weil dabei Differenzierungen außen vor gelassen werden. Für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, in dem Rüstungsexporte ein so zentraler Gegenstand der öffentlichen Debatte sind, ist dieser Zustand mehr als unbefriedigend.

Es ist also dringend geboten, systematisches Wissen über die Folgen von Rüstung und Rüstungsexporten zu erlangen. Die Entscheidungsfähigkeit Deutschlands muss bei diesem Thema auf eine tragfähige Wissensgrundlage gestellt werden. Wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse werden der Sicherheitspolitik Deutschlands einen Kompass geben und damit die eigene Verlässlichkeit gegenüber der Wirtschaft und den Partnerländern deutlich erhöhen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- Die eigene Rüstungspolitik als einen wesentlichen Bestandteil sicherheitspolitischer Verantwortung klarer zu definieren, um damit allen Akteuren ein hinreichendes Maß an Erwartungssicherheit über deutsche Exportentscheidungen zu geben.
- Ein Forschungsprogramm zu initiieren, das Rüstungsexporte und seine Folgen aus außenpolitischer, sicherheitspolitischer, volkswirtschaftlicher und technologischer Sicht betrachtet.
- Eine Länder- und Regionalstrategie zu erarbeiten, die nach Sicherheitslage und -interessen differenziert ist, um Rüstungsexporte explizit als Mittel politischer Einflussnahme sinnvoll in die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu integrieren.

Berlin, den 30. Januar 2019

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.